

**12.5. SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Umbau des Universitätsgeländes am Augustusplatz (Antrag III/A 287, 2. Neufassung + Änderungsantrag AA 1 von Stadträtin Suárez, Neues Forum + Ergänzungsantrag EA 1 der PDS-Fraktion)**

**12.6. Stadträte Suárez (Neues Forum), Dr. Burgkhardt (FDP), Obser (DSU): Umbau des Universitätsstandortes am Augustusplatz einschließlich Errichtung eines Aula und Kirche vereinenden Bauwerkes (Antrag III/A 289, Neufassung)**

**Oberbürgermeister Tiefensee** teilt mit, gestern sei ihm der Antrag der CDU-Fraktion zugegangen, über die Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten 12.5 und 12.6 namentlich abzustimmen. Es werde entsprechend verfahren.

**Stadtrat Dr. Fischer (SPD)** führt aus, im Jahre 1968 habe die damalige Stadtverordnetenversammlung einstimmig dem Abriss der Universitätskirche zugestimmt und damit eine Kulturbarbarei legitimiert. Auch deshalb sei der Stadtrat in der Pflicht, zum weiteren Umgang mit der Universitätskirche Position zu beziehen. Dies sei er auch den Leipziger Bürgern schuldig. Auch wenn die Stadt nicht Bauherr der Universität sei, so sei sie doch Träger der Planungshoheit. Er, Fischer, habe Verständnis für die Wut und für die Trauer, die viele Bürger dieser Stadt im Zusammenhang mit der Sprengung der Universitätskirche empfinden. Auch er habe während seines Studiums fast täglich an der Haltestelle vor dem Augusteum gestanden und in der Universitätskirche mehrfach das Weihnachtsoratorium gehört. Gerade deshalb frage er sich aber auch, wie man mit dem damaligen Ereignis umgehen solle und ob man mit einem Plagiat der Kirche dem damaligen Verbrechen angemessen begegnen könne. Die übergroße Mehrheit der SPD-Fraktion und er persönlich glaubten das nicht, sondern seien im Gegenteil der Meinung, dass damit möglicherweise sogar dem Vergessen des damaligen Geschehens Vorschub geleistet würde.

Gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen trete die SPD-Fraktion für ein angemessenes Zeichen des Erinnerns an die Universitätskirche und an die Sprengung am Ort des Geschehens ein, wolle aber auch nach vorn schauen. Auch eine moderne Universität des 21. Jahrhunderts brauche eine geistige Mitte, die am Standort der gesprengten Universitätskirche entstehen sollte.

Es sei erfreulich, dass sich viele Leipziger Bürger mit diesem Thema befassten. Beispielsweise zu nennen seien der Campus e. V. und die Gruppe "Protest für Leipzig". Die zuletzt genannte Gruppe rege an, die besondere Akzentuierung auf das Thema der geistigen Mitte zu lenken. Die antragstellenden Fraktionen hätten dies mit Einverständnis der Gruppe in den Antrag aufgenommen. Gleiches gelte für den Wunsch nach Transparenz und öffentlicher Beteiligung. Dahinter stehe die Forderung, dass nicht in Dresden entschieden werde, was in Leipzig an solch prominenter Stelle gebaut werden solle.

Bei der weiteren Qualifizierung des Entwurfs im Hinblick auf das Gesicht des Augustusplatzes könne man sich auch die Beteiligung weiterer Preisträger und Architekten vorstellen, die von der Stadt, dem Freistaat und der Universität benannt werden sollten. Bei dieser Qualifizierung sei das Hauptgebäude der Universität nötigenfalls infrage zu stellen. Die Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen lehnten aber die aktuelle Debatte in der Staatsregierung und auch in der hiesigen CDU ab,

die Varianten vom Neubau bis zur Rekonstruktion der Kirche zulasse. Damit drücke man sich lediglich vor einer Entscheidung.

Der Änderungsantrag der PDS-Fraktion könne in den Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen übernommen werden, den Ergänzungsantrag von Stadträtin Suárez betrachte man als eine Selbstverständlichkeit. Auch nach dem Ursprungsantrag sei es möglich, in der Aula kirchliche Veranstaltungen durchzuführen.

Man hoffe sehr, dass es im Jahre 2012 in Leipzig Olympische Spiele geben werde. Auf jeden Fall jähre sich 2009 zum 600. Male die Gründung der Universität. Beides seien große Herausforderungen. Wie die Leipziger Bürger zu so großen Aufgaben stünden, hätten sie am vergangenen Sonnabend erneut gezeigt. Auch der Stadtrat sollte ein weiteres Mal beweisen, dass er in der Lage sei, wichtige Entscheidungen zu treffen. Es müsse Schluss sein mit den Streitereien der letzten Zeit. Er, Fischer, frage die dafür verantwortlichen Mitglieder der CDU-Fraktion, was sie damit erreicht hätten. Sie sollten ihre parteipolitischen Interessen zum Wohle der Stadt Leipzig zurückstellen. Wenn Leipzig im Jahre 2005 gegen die großen Metropolen dieser Welt eine Chance haben wolle, müsse jeder einzelne Stadtrat Größe beweisen und ab und zu über seinen Schatten springen. Dies hätten die Leipziger Bürger wahrlich verdient.

**Stadtrat Obser (Bürgerfraktion)** als DSU-Stadtrat weist als Erstes auf die große Bedeutung der Abstimmung über die beiden Anträge hin. Die Situation, in die der Stadtrat durch hausgemachte Zwänge und gewisse Sturheit geraten sei, stelle sich aus seiner Sicht, was die vitalen Interessen der Stadt Leipzig und ihrer Außenwirkung anbelange, als alles andere als komfortabel dar. Seit vergangener Sonnabend sehe ganz Deutschland und sehe die Welt auf die Stadt Leipzig und registriere, wie sie sich den neuen Herausforderungen in ihrer ganzen Vielfalt stelle, nachdem sich Leipzig kürzlich so hervorragend und emotional auch als Stadt der friedlichen Revolution einer mindestens deutschlandweiten Öffentlichkeit vorgestellt habe. Ihre Bürger hätten 1989 keine persönlichen Risiken und keine Anstrengungen in Sachen Demokratie und Freiheit gescheut. Nun aber scheine eine Katastrophe ihren straff organisierten Lauf zu nehmen, die das bisher zweifellos sympathische Bild der Stadt Leipzig auch international nachhaltig beschädigen werde. Die Zustimmung der Leipziger Stadtverordneten zur Sprengung der Universitätskirche St. Pauli im Jahre 1968 solle offensichtlich heute ihre empörende historische Parallele durch die massive Verhinderung jeder Form ihres Wiederaufbaus finden. Dies dürfe man so nicht durchgehen lassen.

Der Antrag von drei Mitgliedern der Bürgerfraktion widerspiegele nicht nur das Vermächtnis des Herbstes 1989, sondern er lese sich auch so. Der Antrag, Korrekturen nicht ausgeschlossen, gewährleiste aus seiner, Obser, Sicht und aus der Sicht seiner Fraktionskollegen Suárez und Burgkhardt ausreichend Freiräume hinsichtlich jenes speziellen Teils des Universitätsgeländes, an dem sich die Geister heute noch schieden, nämlich hinsichtlich der konkreten Gestaltung jenes Bauwerkes, das Paulinerkirche und Paulineraula in sich vereinigen solle.

Der Antrag der Kollegen von SPD und Grünen dagegen widerspiegele die Fortsetzung aller Denkverbote in einer Leidenschaft, die sich für ihn, Obser, alles andere als

rational darstelle – und dies seit seiner mehr als höflichen Anfrage vom 27. März 2001 an den Oberbürgermeister, ob man in Leipzig über die bauliche Neugestaltung des Universitätsgeländes am traditionsreichen Augustusplatz nicht wenigstens diskutieren wolle, was auch die Möglichkeit des Wiederaufbaus der Paulinerkirche einschließen sollte, mit welchem Ergebnis auch immer. Ein Kaspertheater nehme weiter seinen Lauf: Nein, wir essen diese Suppe nicht! –

Die Sache habe noch einen anderen befremdlichen Hintergrund. Er betreffe die von den Einreichern SPD und Grüne berechnete politische Konstellation im Stadtrat, einen derart negativ ausformulierten Antrag, zudem noch mit Ausfällen gegenüber dem Geldgeber Landesregierung angereichert, mit einer mehr als fragwürdigen parlamentarischen Mehrheit durchsetzen zu wollen. Er, Obser, spreche von dem potenziellen Mehrheitsbeschaffer PDS, deren politischer Vorgängerpartei man das heutige Problem zu verdanken habe. Dies dürfe man nicht vergessen. Erforderlich sei, sich gegen jede Form der Heuchelei zu wenden.

Statt die Chance zu begreifen, welche die Errichtung eines Kirche und Aula vereinenden Bauwerks für die Olympiastadt Leipzig von der Außenwirkung her im Jahre 2012 bedeuten könnte, bevorzuge die heutige parlamentarische Mehrheit ein unredliches und bizarres Vorgehen. Er, Obser, wolle nicht versäumen, darauf hinzuweisen, dass die Stadträte und die Leipziger Öffentlichkeit bis zum heutigen Tage ohne einen visuellen Eindruck vom Phantasiegebilde einer Universität des 21. Jahrhunderts auskommen müssten. Daraus lasse sich schon jetzt ableiten, dass noch längst nicht alle Messen gesungen seien.

In Anbetracht der möglichen parlamentarischen Verhinderung eines Wiederaufbaus der Paulinerkirche, in welcher Form auch immer, habe man heute eine durchaus geschichtsträchtige Situation. Vielleicht müsse demnächst eine zweite Gedenktafel in Auftrag gegeben werden. Er, Obser, beantrage deshalb ebenfalls zur immerwährenden Kenntnis der persönlichen Entscheidung aller hier und heute versammelten Stadträte zum Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine namentliche Abstimmung.

**Stadtrat Scheel (PDS)** äußert, Stadtrat Obser sei mit seinem Bemerkungen soeben über das Ziel hinausgeschossen. Denunziationen würden in diesem Fall nicht weiterhelfen.

Stadtrat Scheel fährt fort, der Umbau des Universitätsgeländes habe eine große stadtpolitische Dimension. Das Gelingen dieses Vorhabens werde wesentlich über die Stellung der Universität und damit der Stadt im Wettbewerb unter den Standorten mitentscheiden. Die durch die Bekanntmachung der Staatsregierung entstandene Debatte trage leider nicht zu einer diesem Anspruch genügenden Lösung bei. Zur Freiheit von Forschung und Lehre der zweitältesten Universität Deutschlands gehöre, dass sich die Staatsregierung als Kooperationspartner verstehe und sich nicht als Landesherr aufspiele. Wenn sich führende Vertreter mehr in Erpressung als im partnerschaftlichen Umgang übten, sei das nicht hinnehmbar.

Leider sei die Universität nicht zum ersten Mal Opfer von Erpressungsversuchen vonseiten der Staatsregierung geworden. Der Kampf der Universität um ihr Körper-

schaftsvermögen im Zusammenhang mit dem Unihochhaus habe mit einem Kompromiss geendet, welcher der Universität zumindest das Eigentum an den innerstädtischen Flächen zuerkannt habe. Damit habe die Staatsregierung das geschichtlich begründete Eigentum der Universität anerkannt. Gleichzeitig habe sie sich zur Finanzierung eines neu gestalteten Universitätskomplexes bekannt. In den Prozess der Ausschreibung, Begutachtung und Entscheidung des Projektes sei sie von Anfang an unmittelbar einbezogen gewesen. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen seien durch die zuständigen Gremien von Universität, Stadt und Staatsregierung gebilligt worden. Umso mehr habe die Entscheidung der Staatsregierung vom 28. Januar 2003 für Unverständnis gesorgt. Schriftliche Zusicherungen dürften nicht willkürlich infrage gestellt werden. Die Form der Auseinandersetzung sei gleichfalls erschreckend. Ohne einen Anflug von Anstand sei zeitweise unterhalb der Gürtellinie kommentiert und dabei der Rücktritt eines hoch angesehenen Gelehrten vom Rektorsratsposten billigend in Kauf genommen worden.

Stadtrat Scheel stellt klar, das 1968 geschehene Unrecht, das sich durch Selbstherrlichkeit, Ideologie und Ignoranz ausgezeichnet habe, lasse sich nur als politische Willkür bezeichnen. Doch wer sich derart selbstherrlich über bestehende Vereinbarungen hinwegsetze und mit solcher Arroganz gegenüber den gewählten Vertretern der Universität auftrete, müsse sich neben verschiedenen anderen Anwürfen auch den Hinweis auf historische Parallelen gefallen lassen. Festzuhalten bleibe, dass die Universität in ihrem Ansehen erheblich geschädigt worden sei. Schon viel zu lange lasse eine Positionierung des Stadtrates auf sich warten. Im Sinne der Erklärung des Leipziger Stadtrates zur Situation und Entwicklung der Wissenschaften in Leipzig vom 5. September 2001 sei der Stadtrat heute gefragt, sich hinter die Anforderungen der Universität an eine funktionale Innenstadtuniversität zu stellen. Alles, was keine eindeutige Positionierung beinhalte, sei ungeeignet, dem Oberbürgermeister einen rechtssicheren Verhandlungsauftrag zu geben. Aus diesem Grunde werde die PDS-Fraktion dem Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zustimmen.

**Stadtrat Quester (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** bringt vor, dem, was Dr. Fischer zur Bedeutung der Universitätskirche und zu ihrer Sprengung gesagt habe, sei inhaltlich nichts hinzuzufügen. Herr Obser habe einige Behauptungen aufgestellt, die schlicht und einfach falsch seien. Es habe mehr als zehn Jahre lang diskutiert werden können. Der Paulinerverein habe mehr als zehn Jahre versucht, sein legitimes Interesse, den Wiederaufbau der Kirche, den er als den richtigen Ausdruck der Wiedergutmachung oder Erinnerung ansehe, zu vertreten. Es sei also nicht so, dass der Stadtrat heute darüber entscheiden müsse, ob nun endlich einmal darüber diskutiert werden wolle. Diese Diskussion habe in dieser Stadt seit zehn Jahren stattgefunden oder eben nicht stattgefunden. Dem Paulinerverein sei es nämlich weder gelungen, eine größere Anzahl Leipziger für seine Idee zu gewinnen und eine größere Anzahl Spenden einzuwerben, noch die Verantwortungsträger von der Richtigkeit seiner Idee zu überzeugen. Ausdruck dessen seien sowohl die Entscheidungen der Universität zur Gestaltung des Campus als auch die Entscheidungen der sächsischen Landesregierung. Die Ausschreibung für den Wettbewerb sei nicht von der Stadt Leipzig, sondern vom Freistaat Sachsen und von der Universität so erfolgt, wie sie aussehe. Es sei die Universität Leipzig gewesen, die durchgesetzt habe, dass wenigstens ein

Andachtsraum in das Raumprogramm aufgenommen worden sei. Die Landesregierung habe dies aus Kostengründen zunächst nicht gewollt.

Zum Aspekt der weltweiten öffentlichen Wahrnehmung Leipzigs äußert Stadtrat Quester, wer nach der urplötzlichen Entscheidung der Landesregierung, doch den Wiederaufbau zu wollen, die bundesweite Presse verfolgt habe, wisse, welche Entscheidung zu welchem Bild geführt habe. Es sei die Entscheidung der Landesregierung gewesen, die von der bundesweiten Presse im Verfahren mit dem gleichgesetzt worden sei, wie man im Jahre 1968 über die Sprengung der Kirche entschieden habe. Dies sei das, was zum Bild Sachsens beigetragen habe. Als Mitglied der Jury, die sich mit den eingereichten Entwürfen beschäftigt habe, wisse er, dass es insbesondere die Vertreter der Stadt Leipzig gewesen seien, die dem einen eingereichten Entwurf, der den originalgetreuen Wiederaufbau der Kirche vorgesehen habe, so lange wie möglich im Wettbewerbsverfahren belassen hätten.

Der Stadtrat komme nicht umhin, sich in dieser Frage zu positionieren. Seitens der CDU werde im Augenblick versucht, alle Optionen offen zu halten und das Thema originalgetreuer Nachbau in die offiziellen Liste der anerkannten Vorschläge aufzunehmen, um diese Absicht zu einem späteren Zeitpunkt durchsetzen zu können. Gebraucht werde eine Entscheidung für eine moderne Universität in dieser Stadt. Die Anforderungen an diese Universität würden, was die Funktionalität betreffe, zuallererst von der Universität gestellt. Was die Einbindung des zu Bauenden in die Stadt betreffe, würden die Anforderungen von der Stadt formuliert; was die Finanzierbarkeit angehe, würden sie vom Freistaat formuliert. In diesem Dreiklang bewege man sich und in diesem Dreiklang habe die Stadt ihre Position zu vertreten.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sage dazu, der originalgetreue Nachbau oder auch nur der Nachbau einer Kirche sei weder von der Universität noch von den sächsischen Landeskirchen gewollt. Es gebe eine funktionale Anforderung, die besage: Wir brauchen eine große Aula und wir brauchen die Möglichkeiten, Andachten, kleinere Gottesdienste in diesem Rahmen stattfinden zu lassen. Dafür gebe es eine Planung, die weiter qualifiziert werden müsse – darüber seien sich alle Beteiligten einig –, die aber im Vergleich zum seinerzeit vorgelegten Wettbewerbsentwurf bereits wesentlich verbessert worden sei. Genau diese Position solle gemäß Wortlaut des gemeinsamen Antrages von SPD und Bündnis 90/Die Grünen als gemeinsame Position der Stadt vertreten werden.

**Stadtrat Billig (CDU)** äußert, es sei vorauszusehen gewesen, dass sich eine derart polarisierende Diskussion aufbauen würde. Erstaunlich sei, wie beide Außenseiten in demagogischer Verkennung der Situation und bei Vermischung der Tatsachen den Versuch unternähmen, gewisse Schuldzuweisungen an die anderen demokratischen Kräfte der Ratsversammlung zu verteilen. Er habe zum Beispiel in den Ausführungen von Herrn Dr. Fischer den Hinweis auf den Paulinerverein, der in den letzten Monaten wesentlich an einer möglichen Entscheidungsfindung beteiligt gewesen sei, überhaupt nicht wahrgenommen. Stattdessen sei immer nur die Gegnerschaft betont worden und dies zeige sich auch in dem Antrag.

Wenn er, Billig, die Diskussionsbeiträge sowohl der PDS als auch von SPD und Grünen betrachte, stelle er fest, dass darin immer wieder von der überregionalen Bedeu-

tung der Stadt Leipzig gesprochen werde. Aber ausgerechnet in der Diskussion über die Gestaltung der Westseite des Augustusplatzes werde das zu einem lokalen Problem heruntergespielt. So gehe es jedoch nicht. Die Ausführungen der SPD-Fraktion seien nichts anderes als Nebelbomben und enthielten keinerlei neue Argumente. Der Antrag formuliere lediglich, was nicht gewollt sei.

Stadtrat Billig berichtet, am 16. April 1970 sei Herr Dietrich Koch wegen seines Widerstandes gegen die Sprengung der Universitätskirche festgenommen und einen Tag später in die Untersuchungshaftanstalt in der Beethovenstraße überführt worden. Glücklicherweise würden die heutigen Befürworter des Wiederaufbaus der Paulinerkirche nicht verhaftet.

Einige Stadtratsfunktionen hätten nie den Willen gezeigt, sich überhaupt mit der Position der CDU auseinander zu setzen. Es gebe einen Beschluss der CDU-Fraktion vom 14. Januar 2002, in dem eindeutig zur Gestaltung der Westseite des Augustusplatzes und zur Universitätskirche Stellung genommen werde. Darin sei keine Rede von einem originalgetreuen Wiederaufbau oder ähnlichen Dingen, sondern davon, dass die CDU-Fraktion wieder eine Universitätskirche wolle. Danach sei die Diskussion ins Laufen gekommen.

Die CDU-Fraktion habe im Vorfeld der Diskussion zur Gestaltung des Augustusplatzes auch den Kontakt zur Universität gesucht. Diese Diskussion sei mit dem inzwischen zurückgetretenen Rektor auch geführt worden. Prof. Dr. Bigl sei mehrmals in der CDU-Fraktion gewesen und habe dort versichert, dass in der Ausübung des Wettbewerbs alle Optionen offen sein sollten. Die Formulierung "alle Optionen" beinhalte auch Wiedererrichtung, Neubau – oder wie immer man formulieren wolle – der Universitätskirche. Zumindest müsse man das diskutieren. Dies habe Prof. Dr. Bigl in der CDU-Fraktion wiederholt bestätigt. In einem Rundfunkinterview vom 3. Januar 2003 habe Prof. Dr. Bigl dann erklärt: April, April, das war nie unsere Sache, das wollten wir auch nicht, alle 20 000 Angestellten der Universität wollen das nicht! – Da frage er, Billig, sich, was für eine Art von Verständnis es sei, der CDU-Fraktion zuvor in dieser Art und Weise die Unwahrheit zu verkünden und sich dann nach außen so zu positionieren.

Der Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen enthalte im ersten Satz eine allgemeine Aufforderung, die sicherlich unstrittig sei. Im zweiten Absatz werde folgende Information vermittelt: "Der Nachbau der gesprengten Universitätskirche ist in diesem Rahmen nicht enthalten." Er, Billig, habe aber gerade erläutert, dass der Nachbau in dieser Form von der CDU-Fraktion gar nicht gefordert worden sei.

Die Haltung der Gegner eines Wiederaufbaus, einer Wiedererrichtung oder wie immer man das nennen wolle laufe letztlich darauf hinaus, auch wenn man sich das nicht laut zu sagen traue, dass man keine Kirche wolle. Dies sei der springende Punkt: Man will keine Kirche im Zentrum von Leipzig! –

Stadtrat Billig äußert, mit diesem Antrag finde die sozialistische Gestaltung des Karl-Marx-Platzes ihre Vollendung. Architektonisches Mittelmaß werde das bestimmende Element sein.

In diesem Jahr gedenke man des 35. Jahrestages der Zerstörung der Universitätskirche. Er, Billig, glaube, dass sich die Kräfte, die guten Willens seien und für die Wiedererrichtung einer Universitätskirche an diesem Platz einträten, an diesem Tag stark machen würden. Die internationale Öffentlichkeit sei zu diesem Zeitpunkt aus Anlass des Bach-Festes in Leipzig. Es wäre ein tolles Zeichen, wenn diesbezüglich etwas geschehen würde.

**Stadtrat Magirius (Bündnis 90/Die Grünen)** äußert den Wunsch zu erklären, was er unter Kirche verstehe. Kirche sei die Gemeinde der Gläubigen, die Gemeinde derer, die sich um das Evangelium, um das Wort und das Sakrament sammelten. Glücklicherweise sei diese Kontinuität auch nach der Sprengung auch als Protest erhalten geblieben. Er sei sehr dankbar dafür, dass er, als er 1982 nach Leipzig gekommen sei, unter dem Dach der Nikolaikirche auch die Universitätsgemeinde gefunden habe. Er wolle nicht polemisch werden, aber wenige von denen, die jetzt das Wort so stürmisch für den Nachbau einer Universitätskirche erhöben, habe er in den Universitätsgottesdiensten je gesehen.

Gemeinde der Gläubigen, das sei für ihn, Magirius, das Entscheidende. Auch in einer säkularisierten Welt – und niemand werde bestreiten können, wie säkularisiert diese Stadt leider sei – habe die Kirche den missionarischen Auftrag, Gemeinde zu sammeln, auch als eine Minderheit, evangelisch und katholisch, in dieser neuen Universität. Er sei sehr dankbar, dass auch die Theologische Fakultät und der Universitätsprediger erklärt hätten, dass man einen Raum benötige, in dem die Gottesdienste in dieser neuen Universität gefeiert werden könnten. Dies sei das Entscheidende. Ganz gleich, ob ein Giebel an die alte Universitätskirche erinnere oder eine andere äußere Form vorhanden sei, wichtig sei diese Mitte, das Zentrum mit hoffentlich auch ansteckender Wirkung, damit das Licht, das einmal in die Welt gekommen sei, auch weiter leuchte und andere Menschen anstecke. In dieser Hinsicht sei man auch im ökumenischen Kontext zwischen evangelischer und katholischer Studentengemeinde einig. Es gehe darum, dass auch in dieser neuen Universität Gottes Wort lebe.

**Stadträtin Suárez (Bürgerfraktion)** legt dar, der Antrag der Bürgerfraktion reagiere ebenso wie der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf die öffentliche Debatte über den Umbau des Campus der Leipziger Universität und die Erinnerung an die Leipziger Universitätskirche. Zunächst habe die Bürgerfraktion in einem ersten Antrag angesichts der neuen Situation aufgrund der Entscheidung der Staatsregierung, die Fläche der ehemaligen Universitätskirche frei zu halten, einen neuen Architekturwettbewerb gefordert. Mittlerweile sei in die damals festgefahrenen Gespräche zwischen Staatsregierung, Universitätsleitung, Vertretern der Stadt und Vertretern des Paulinervereins Bewegung gekommen. Angesichts der drängenden Zeit bis zum Jubiläum der Universität 2009 habe man sich einvernehmlich entschieden, keinen neuen Wettbewerb auszuschreiben, sondern den Entwurf von Behet und Bondzio zu überarbeiten. Die Neufassung des Antrages III/A 289 berücksichtige den jetzigen Stand der Gespräche und formuliere Prioritäten, die aus Sicht der Bürgerfraktion vom Oberbürgermeister in den bevorstehenden Verhandlungen vertreten werden sollten.



Erstens gehe es um die zügige Umsetzung des Vorhabens, um den Campus bis zum Jubiläum fertig zu stellen. Zweitens wolle man ein Bekenntnis zur Universitätskirche, und zwar ein Bekenntnis, das der Tradition und der Geschichte gerecht werde.

Der Antrag der Bürgerfraktion enthalte keine Äußerung zum umstrittenen Thema originalgetreuer Wiederaufbau, da dieses Thema nicht mehr zur Debatte stehe. Selbst Vertreter des Paulinervereins strebten diesbezüglich einen Kompromiss an. Dieser Kompromiss laute geistig-geistliche Mitte.

Falsch sei die Behauptung, der Antrag der Bürgerfraktion habe außer dem Fehlen eines Votums zum Wiederaufbau nichts Neues zu bieten. Sie, Suárez, bitte die Stadträtinnen und Stadträte herzlich und nachdrücklich, die Unterschiede zur Kenntnis zu nehmen. Natürlich könne man erklären, man habe sich öffentlich und in Ausschreibungstexten zur Paulinerkirche bekannt. Wenn jedoch der Leipziger Stadtrat einen Beschlusstext verabschiede, solle er dieses Bekenntnis schriftlich fixieren. Dies komme im Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu kurz, sei aber ganz wichtig.

Wie schon von der PDS-Fraktion angemahnt, wolle auch die Bürgerfraktion das Einvernehmen mit der Universität. Der Leipziger Stadtrat solle jedoch auch für die Leipziger sprechen. Die Universitätskirche sei eine Kirche nicht nur der Studierenden und der Wissenschaftler, sondern eine Kirche der Leipziger gewesen. Deshalb sei die Position der Leipziger ganz wichtig und deshalb sei im Antrag der Bürgerfraktion unter Punkt 2 formuliert: "Die sofortige, gründliche architektonische Überarbeitung der Planung des Gebäudes auf der Fläche der ehemaligen Universitätskirche ist auf solche Weise vorzunehmen, dass diese in sich die Funktionen von Aula und Kirche vereint, äußerlich als geistig-geistliches Zentrum erkennbar ist und deutlich an die 1968 gesprengte Universitätskirche erinnert."

Besonderen Wert lege sie, Suárez, auf das Wort "äußerlich". Es gehe nicht um irgendeinen versteckten Raum im 3. Geschoss, sondern um einen Raum dort, wo die Kirche einmal gestanden habe, vom Augustusplatz aus sichtbar. Deshalb halte sie den Antrag der Bürgerfraktion für so wichtig und in der Formulierung auch des Gedenkens an die Universitätskirche würdig. Angesichts der fortgeschrittenen Diskussionen brauche die Forderung nach einem originalgetreuen Wiederaufbau nicht mehr erwähnt zu werden. Diese Forderung werde von den an den Verhandlungen Beteiligten so nicht mehr erhoben, sodass der Stadtrat dem Antrag der Bürgerfraktion ohne Weiteres zustimmen könne.

Falls sich der Stadtrat dazu nicht in der Lage sehen sollte, bitte Sie, Suárez, wenigstens um Zustimmung zu dem von ihr eingebrachten Änderungsantrag.

**Stadtrat Clemen (CDU)** äußert in Beantwortung einer von Stadtrat Dr. Fischer gestellten Frage, die CDU-Fraktion habe mit ihren Bemühungen erreicht, dass die Diskussion über Wiedererrichtung bzw. Erinnerung an die Paulinerkirche in den Stadtrat getragen worden sei, dass erstmals in Leipzig intensiv und öffentlich über dieses Thema diskutiert werde und dass man sich der Frage stelle, ob die CDU-Fraktion eine Zwangschristianisierung wolle, wie von wesentlichen Vertretern der SPD auch in der "LVZ" behauptet worden sei, oder ob sie einfach deutlich machen wolle: Wo



kommen wir her, was sind unsere Wurzeln, was sind unsere Traditionen und wie sollte mit diesen Wurzeln und Traditionen umgegangen werden?

In der ganzen Diskussion, die an Scheinheiligkeit, Halbwahrheiten, Unwahrheiten und Unterstellungen kaum zu überbieten sei, werde immer vergessen, dass in der gemeinsamen Erklärung der Universität Leipzig, des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen und des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst folgende Formulierung enthalten sei: "Gleichzeitig ist durch die Vereinbarung gewährleistet, dass die Universität Leipzig die Liegenschaften zur Unterbringung von Einrichtungen der Forschung und Lehre sowie der Verwaltung der Universität nutzt. Das schließt eine einvernehmliche andere Verwendung nicht aus." In diesem Zusammenhang müsse man aber fragen, wo in dieser Vereinbarung stehe, dass 3.000 m<sup>2</sup> des Universitätsgeländes für Verkaufsflächen und Gastronomie genutzt werden sollten. Die von ihm, Clemen, vorgetragene Formulierung impliziere, dass, sollte eine Seite von diesem Konsens abweichen, auch die andere Seite in der Lage sein müsse, über diesen Konsens neu zu diskutieren. Genau das habe die Staatsregierung in ihrem Beschluss zum Ausbau des Universitätsstandortes Augustusplatz vom 28. Januar 2003 getan, denn TOP 9 des Kabinettsbeschlusses laute: "Erstens. Der Bericht des SMWK zum Ausbau Universitätsstandort Augustusplatz wird zur Kenntnis genommen. Zweitens. Das Kabinett erklärt seine Bereitschaft, eine Variante des Universitätsgebäudes Augustusplatz zu unterstützen, die einen Wiederaufbau der Paulinerkirche ermöglicht (Offenhalten der baulichen Option). SMBK und SMF werden beauftragt, mit der Universität, den Interessenten für einen Wiederaufbau und der Stadt Leipzig die Voraussetzungen für einen Wiederaufbau (unter anderem Trägerschaft, Finanzierung, Ausgleichsflächen) abschließend zu klären." Er, Clemen, könne in diesem Beschluss nirgendwo eine Erpressung oder etwas Ähnliches erkennen. Wenn ein solcher Beschluss eine Erpressung sei, habe er irgendetwas vergessen zu lernen oder nicht mitbekommen.

Der Oberbürgermeister habe in beeindruckender Art und Weise das "Dona nobis pacem" bei der Präsentation der Olympiabewerbung der Stadt Leipzig intoniert. Heute habe er die Gelegenheit zu beweisen, wie ernst es ihm damit gewesen sei.

**Stadtrat Dr. Rothermundt (CDU)** meint, auf die geschichtlichen, kulturhistorischen und politischen Aspekte brauche nicht mehr eingegangen zu werden, sie seien genügend reflektiert. Er sei mit tausend anderen Augenzeuge der Sprengung gewesen. Die Erschütterung sei allgegenwärtig und beinahe körperlich zu spüren gewesen und habe die überwiegende Mehrheit der Anwesenden betroffen. Aufgrund dieser allgemeinen Erschütterung und Empörung sei es nahezu folgerichtig gewesen, den Wiederaufbau der Kirche nach der Wende wieder ins Auge zu fassen. Dieser stoße aber, wie sich zeige, nicht auf uneingeschränkte Zustimmung. Ein Beispiel dafür sei der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er, Rothermundt, finde es enttäuschend, dass im Antrag der Nachbau der gesprengten Universitätskirche nicht enthalten sei.

Ziel der CDU-Fraktion sei es gewesen, zu einem Stadtratsbeschluss zu kommen, hinter dem eine breite Mehrheit stehen würde. Leider sei bei den antragstellenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen keine Bereitschaft vorhanden gewesen, einen solchen Weg mitzugehen, sodass die CDU-Fraktion diesen Antrag

nicht mittragen könne. Damit der Antrag der erwähnten beiden Fraktionen in der jetzigen Form eine Mehrheit finde, bedürfe es wohl der Unterstützung der PDS – einer Unterstützung, die für viele Bürger dieser Stadt nicht nur befremdlich, sondern unverständlich und wohl auch inakzeptabel sein werde.

**Stadtrat Schimpff (CDU)** betont, der Stadtrat habe zwischen zwei Anträgen zu entscheiden. Dass das diese Ratsversammlung nach seiner, Schimpffs, Erinnerung zum ersten Mal in einer Sitzung in der Karwoche tue, demonstriere wohl, wie weit man sich inzwischen von den geistigen Grundlagen unserer Kultur entfernt habe. Dass die PDS keine Wiedergutmachung auch dieses Verbrechens der SED wolle, sei einsichtig; dass sich die Soft-Marxisten von der SPD dem anschließen, sei traurig. Große Sozialdemokraten wie Paul Löbe, Wenzel Jaksch und selbst Willy Brandt würden sich im Grabe umdrehen. Dass aber auch die Bündnisgrünen expressis verbis nur an die Sprengung der Paulinerkirche erinnern und keine wiederaufgebaute Kirche wollten, dass sie eine geistige Mitte beantragten, aber eine geistliche Mitte damit ausschließen, sei eine Schande. Er, Schimpff, wisse, dass viele Bündnisgrüne im Herzen auch sehr gespalten darüber seien.

Es gehe darum, einen barbarischen Akt des Ungeistes rückgängig zu machen, einen Ungeist, der auch in den Worten von Dr. Fischer mitgeschwungen habe, als er erklärt habe, dass er die Debatten ablehne. Dies sei eine Absage an die Meinungsfreiheit. Debatten brauche jede Demokratie. Herr Obser habe Recht mit seiner Feststellung, der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bedeute eine Fortsetzung aller Denkverbote.

Der Antrag von Frau Suárez, Herrn Obser und Herrn Dr. Burgkhardt dagegen stelle die Möglichkeit eines geistig-geistlichen Zentrums in die Mitte, das deutlich an die 1968 gesprengte Kirche erinnern solle. Gewiss wehe der Geist, wo er wolle, wie Herr Magirus erklärt habe, aber der Stadtrat müsse ihm den Raum dazu lassen, dass er wehen könne. Darum gehe es. Die Stadt brauche diese Kirche unabhängig von allen Detaildiskussionen darüber, wie viel Gotik und wie viel 21. Jahrhundert darin zu sehen sein werde, unabhängig davon, wie lang, wie breit oder auch wie hoch sie sein möge, ob sie einen Chor, eine neogotische Fassade oder sonst etwas haben möge. Es gehe um ein Bekenntnis, weil diese Stadt die Kirche brauche. Diese Kirche werde auch gebraucht, damit das System der Mauermörder, Stasispitzel und Kirchensprenger nicht späte Triumphe 14 Jahre nach der Wende feiere.

Aber auch die Leipziger Universität brauche diese Kirche; denn Forschung und Bildung könnten nicht in einem Raum ungebundener Beliebigkeit existieren. In den letzten Tagen sei in allen Medien viel von Massenvernichtungswaffen zu lesen gewesen. All diese Waffen seien von Wissenschaftlern entwickelt worden. Wissenschaft brauche eine transzendente Bindung, sonst sei sie verantwortungslos. Gerade die allgemeine Bewegung, die sich um die Fragen von Krieg und Frieden in den letzten Wochen gezeigt habe, lehre, dass eine geistliche Mitte, eine Verantwortung vor Gott gerade an einer Universität gebraucht werde.

Nach dem 12. April sei aber auch deutlich, dass die Stadt Leipzig diese Kirche brauche. Man müsse fragen, wie die Stadt eine Olympiabewerbung und dann die Olympischen Spiele schultern könne, wenn sie vor dem Wiederaufbau der von Staatsterro-

risten gesprengten Universitätskirche St. Pauli versage. In diesem Lande habe Hitler Synagogen und Ulbricht die evangelische Universitätskirche gesprengt. Alle hätten miterlebt, wie Milošević Moscheen und katholische Kirchen habe zerstören lassen. In Deutschland würden Synagogen wiederaufgebaut, in Kroatien und Bosnien entstünden die Kirchen und Moscheen wieder. Man müsse fragen, ob wir in der Stadt Leipzig, ausgerechnet wir, kein Bekenntnis zum Wiederaufbau der Universitätskirche St. Pauli ablegen sollten.

Stadtrat Schimpff appelliert an den Stadtrat, dem Antrag von Frau Suárez, Herrn Obser und Herrn Dr. Burgkhardt zuzustimmen.

**Stadtrat Quester (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** räumt ein, Herr Schimpff sei wenigstens skurril und witzig gewesen; das, was Herr Clemen und Herr Dr. Billig teilweise gesagt hätten, sei schlicht und einfach unverschämt gewesen.

Auf den Zuruf von **Stadtrat Clemen (CDU)**, Herr Quester sei verkalkt, reagiert **Oberbürgermeister Tiefensee** mit der Aufforderung an Stadtrat Clemen, dies sofort zurückzunehmen. Daraufhin erklärt **Stadtrat Clemen (CDU)**, er nehme zurück, dass Herr Quester verkalkt sei, bitte aber darum, dass der Oberbürgermeister eine Richtigstellung vornehmen möge, wenn Mitglieder dieses Hauses mit falschem Namen angesprochen würden.

**Stadtrat Quester (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** stellt klar, der Wettbewerb sei durch eine Jury, in der der Freistaat Sachsen, die Universität und die Stadt Leipzig vertreten gewesen seien, ausgeschrieben und entschieden worden. Die Ausschreibungsbedingungen seien vom Land festgelegt und die Entscheidung sei vom Land getroffen worden. Alles, was danach geschehen sei, bedeute einen Bruch dessen, was bis zu diesem Zeitpunkt geschehen sei. Wenn sich jemand undemokratisch verhalten habe, so seien es diejenigen, die diesen Bruch hervorgerufen hätten, ohne sich mit den Partnern abzusprechen.

Aufgrund der Äußerungen von Herrn Billig sehe er, Quester, sich gezwungen, die Frage zu stellen, ob Herr Billig als ehemaliger Offizier der NVA ausgerechnet der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die ausschließlich aus Personen bestehe, die in kirchlichen Bindungen groß geworden seien und für ihre kirchlichen Bindungen auch Nachteile hätten hinnehmen müssen, vorwerfen müsse, ihr gehe es im Wesentlichen darum, eine Kirche zu verhindern. Genau dies zeige relativ wenig Geschichtsbewusstsein.

Es könne nicht Sache des Stadtrates sein, zu entscheiden, ob ein allgemeines "Wir" eine Kirche brauche. Es gehe um einen konkreten Standort mit einem konkreten Eigentümer und einem konkreten Nutzer. Wenn Universität, Landeskirche und christliche Gemeinschaft Leipzigs erklärten, dass sie eine Kirche brauchten, würde dort eine Kirche errichtet. Diese Gremien aber hätten entschieden, dass sie einen Andachtsraum benötigten. Dies sei nach wie vor Beschlusslage sowohl in der Universität als auch in der Landeskirche.

Stadtrat Quester merkt an, wenn man den Redebeitrag von Frau Suárez mit dem von Herrn Obser vergleiche, müsse man zu dem Schluss kommen, dass sie zu zwei völ-

lig unterschiedlichen Anträgen gesprochen hätten. Dem Antrag von Frau Suárez, Herrn Dr. Burgkhardt und Herrn Obser könne er nicht zustimmen.

**Stadtrat Dr. Jonas (SPD)** erklärt, heute solle durch die Mehrheit der SPD-Fraktion, durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und durch die PDS-Fraktion ein Beschluss gefasst werden, der der traditionsreichen Leipziger Universitätskirche zum zweiten Mal das Existenzrecht abspreche. Dies wäre nicht nur in seinen Augen eine verwerfliche Tat für die Kulturstadt Leipzig. Offensichtlich sei beabsichtigt, den möglichen Wiederaufbau dieser Kirche – wobei nicht der originalgetreue Wiederaufbau gemeint sei –, die jahrhundertlang zur Universität gehört sowie das geistlich-geistige Leben in dieser Stadt mitbestimmt habe und aus politisch-ideologischer Verblendung gesprengt worden sei, aus an überholte Denkstrukturen erinnernden Gründen zugunsten eines zweitklassigen und nunmehr lediglich noch zu modifizierenden Architektur-entwurfs zu verhindern. Dies sei nicht nachvollziehbar und dies habe die Stadt Leipzig nicht verdient, besonders nicht, nachdem das NOK dem IOC die Stadt Leipzig als Kandidat für die Olympischen Spiele 2012 vorgeschlagen habe. Das IOC und die Weltöffentlichkeit würden den Umgang der Stadt mit ihren Kulturgütern sehr genau beobachten.

Stadtrat Dr. Jonas äußert, er stimme mit seiner Fraktion und mit der Mehrheit aller Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates in dem Wunsch überein, den Umbau und die städtebauliche Einbindung des Campus als geistiges Zentrum am Augustusplatz für eine Universität des 21. Jahrhunderts möglichst bald zu beginnen. Dies müsse jedoch unter Einbindung einer auch von außen erkennbaren, an die Sprengung erinnernden Paulinerkirche als geistliches Zentrum geschehen, so wie es die Bürgerfraktion beantrage. Das Ziel könne nur eine integrierte Lösung sein. Statt zu streiten, solle man endlich die Kreativität der besten Architekten nutzen, um mit einer von möglichst allen Interessengruppen formulierten klaren Aufgabenstellung die Arbeit zu beginnen. Er, Jonas, werde dem Antrag der Bürgerfraktion zustimmen.

**Stadtrat Achminow (CDU)** zeigt sich überzeugt, dass die Diskussion emotional falsch laufe. Schließlich müsse der Stadtrat nach erfolgter Beschlussfassung sachlich weiterarbeiten können. Er bitte deshalb den Oberbürgermeister, Vorschläge zu machen, wie man möglicherweise über die Breite des Stadtrates hinaus zu gemeinsamem Handeln kommen könne, zumal die Meinungen gar nicht so weit auseinander lägen.

Stadtrat Achminow erklärt, obwohl er Mitglied der CDU-Fraktion und Mitglied des Paulinervereins sei, sage er jetzt seine ganz private Meinung. Die Hauptursache der gegenwärtigen Schwierigkeiten liege darin, dass alle Beteiligten, also die Universität, der Freistaat, die Stadt Leipzig und damit der Stadtrat, gedacht hätten, sie könnten die Erinnerungskultur, die Verarbeitung einer solchen Angelegenheit wie dieser Sprengung im Grunde auf einen Architektenwettbewerb abwälzen. Dies sei jedoch nicht gelungen.

Im Moment gehe es darum, zu einer Heilung des Problems zu kommen, bei der sich die breite Bevölkerung und die vielen widerstrebenden Meinungen mitgenommen fühlten. Dies könne nicht dadurch geschehen, dass bestimmte Dinge von vornherein ausgeschlossen würden. Im Übrigen sei der Antrag nach seiner Überarbeitung gar

nicht mehr wiederzuerkennen. Am Anfang sei es der SPD um die Geschwindigkeit gegangen, da das Jahr 2009 vor der Tür stehe und man keine langen Diskussionen brauchen könne. Dann habe man verlauten lassen, dass man an dieser Stelle gar keine Kirche wolle. Dies sei im Antrag allerdings nicht ausdrücklich formuliert, sondern der entscheidende Satz laute: "Der Nachbau der gesprengten Universitätskirche ist in diesem Rahmen nicht enthalten." Diesen Nachbau aber fordere niemand.

Leider sei die weitere Entwicklung sehr verkürzt dargestellt worden und darüber sei er etwas verärgert. Auf Druck der Gruppe "Protest aus Leipzig", die erklärt habe, die Geschwindigkeit könne nicht das Hauptthema sein, sondern man brauche ein freies, breites, transparentes Verfahren, sei nämlich zusätzlich in den Antrag aufgenommen worden, dass nochmals ein transparentes, breites öffentliches Verfahren kommen solle. Dies widerspreche der Grundintention des Ursprungsantrages, möglichst schnell zu handeln.

Nach seiner, Achminows, Ansicht sei sich die große Mehrheit des Stadtrates darüber einig, dass erstens bis 2009 das Ergebnis vorliegen müsse, dass man zweitens aber nochmals eine kreative Öffnung für Vorschläge, die über ein Nachbessern an der Fassade usw. hinausgingen, schaffen solle. Dann bleibe nur noch die Frage, ob die Antragsteller auf gar keinen Fall irgendeine Kirche wollten. Wenn die Antragsteller lediglich die Kopie oder den Nachbau der Kirche ausschließen wollten, den jetzt niemand mehr fordere – dies könne man durchaus in den Antrag hineinschreiben –, dann sei man bei dem, was eigentlich alle wollten.

**Stadtrat Dr. Burgkhardt (Bürgerfraktion)** kündigt an, drei Befindlichkeitsgedanken einbringen zu wollen.

Erstens sei er bisher über einige Legislaturperioden hinweg immer stolz darauf gewesen, Stadtrat zu sein. Heute habe er sich geschämt angesichts mancher Polemik, die hier ausgetauscht worden sei. Es sei nicht nötig, sich in einer solchen Diskussion so tiefe Wunden zu schlagen und solche persönlichen Animositäten gegeneinander auszuspielen. Man könne mit ganz anderen Worten miteinander umgehen. Er, Burgkhardt, schäme sich dafür, dass der Stadtrat seinen Gästen heute ein so unangenehmes Schauspiel geboten habe.

Zweitens hätte er sich, wenn man schon über Befindlichkeiten und über politisches Verhalten rede, gewünscht, dass die PDS von Anfang an erklärt hätte, sie enthalte sich bei dieser Diskussion der Stimme.

Drittens befinde er, Burgkhardt, sich nicht in einem luftleeren Raum. Daher erkläre er, weshalb er für den Wiederaufbau der Kirche in der von Frau Suárez und Herrn Jonas dargestellten Weise sei. Geschichte habe immer auch etwas mit persönlichen Dingen zu tun. Einer seiner Großväter habe seine Antrittspredigt 1913 in dieser Kirche gehalten, sein anderer Großvater und sein Vater hätten der Pauliner-Sängerschaft angehört. Er selbst habe die Sprengung auch erlebt. Angesichts dieser Umstände müsse es möglich sein, dass man selbst auch für eine Gruppe von Menschen spreche, die sich für den Aufbau einsetze. Dies tue er und er wolle dies mit Sachlichkeit tun.

Abschließend äußert Stadtrat Dr. Burgkhardt den Wunsch, dass der Oberbürgermeister erklären möge, dass die Art, wie man sich heute präsentiert habe, nicht der übliche Arbeitsstil des Stadtrates sei.

**Oberbürgermeister Tiefensee** stellt fest, es sei zu erwarten gewesen, dass heute eine sehr emotionale Debatte geführt würde. Allerdings müsse er konstatieren, dass sie nicht nur emotional sei, sondern dass bei diesem oder jenem ein Vorhang aufgerissen werde, der darauf schließen lasse, was über die Emotionen hinaus in den Köpfen vorhanden sei. Daher sei es vielleicht doch nicht schlecht, dass diese Diskussion geführt werde.

Er, Tiefensee, erspare es sich, eine persönliche Episode aus dem Jahre 1968 zu erzählen und sich damit in die Reihe derjenigen zu stellen, die für sich reklamierten, sie wüssten, wovon sie sprächen, wenn es um die Sprengung im Jahre 1968 gehe. Der Stadtrat nehme ihm sicherlich ab, dass er wisse, worum es in diesem Zusammenhang gehe. Alle in diesem Raum seien sich sicherlich darin einig, dass die Sprengung dieser Kirche ein Willkürakt, ein Akt der Kulturbarbarei zu einem sehr bewusst gewählten Zeitpunkt gewesen sei, der sich gegen die Rolle der Kirche und gegen den im Jahre 1968 nicht nur in der DDR aufkeimenden Widerstand gerichtet habe.

Wenn dies so sei, müsse auf der anderen Seite konstatiert werden, dass niemand in dieser Debatte für sich reklamieren dürfe, dass er mit seiner heutigen Stimmabgabe die seinerzeitige Sprengung mehr verurteile als jemand, der ein anderes Abstimmungsverhalten zeige. Für sich persönlich füge er, Tiefensee, hinzu – obwohl er wisse, dass darüber ein Dissens im Stadtrat bestehe –, dass sich in der heutigen Stimmabgabe nicht ausdrücke, ob jemand dieser Universität eine geistlich-geistige Mitte wiedergeben wolle oder nicht. Der Unterschied bestehe in wenigen, aber sehr wichtigen Details.

Wenn in der Diskussion Begriffe wie "Demagogie" oder "demagogisch sein" gefallen seien, wenn man sich hier am Pult gegenseitig diffamiere oder vielleicht sogar ein Stück weit pharisäerhaft meine, man wisse ganz genau, wie in der Zukunft mit diesem Platz an der Westseite des Augustusplatzes umzugehen sei, dann wolle er ganz dringend davor warnen, sich in die Kontinuität derjenigen zu begeben, die andere nicht mit Argumenten, sondern mit Ideologie hätten überzeugen wollen. So etwas könne man im Stadtrat nicht gebrauchen. Er, Tiefensee, bitte also darum, in der Debatte, die auch nach der Beschlussfassung nicht abgeschlossen sein werde, auf alles zu verzichten, was in diese Richtung gehe.

In diese Feststellung schließe er ausschließlich das ein, was in Bezug auf die PDS gesagt worden sei. Er kenne innerhalb der PDS Menschen, die dem Christlichen der Universitätskirche wesentlich näher stünden als manche in anderen Parteien. Zudem müsse er daran erinnern, dass der einstimmige Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 1968 auch von CDU und LDPD mitgetragen worden sei. Deshalb solle man sich auch in diesem Falle davor hüten, Schubläden aufzumachen und andere Parteien in Gänze zu diffamieren.

Man müsse gemeinsam nach einer Lösung suchen, die erstens auf folgende Frage eine Antwort geben müsse: Wie gehen wir mit der Absicht um, bis zum Jahre 2009

einen neuen Campus zu errichten? – Übrigens ergebe sich diese Chance aufgrund der Ereignisse des Jahres 1989 und dadurch, dass ein Jubiläum bevorstehe, das eine Zielmarke sei, die schweren funktionalen Nachteile der Universität zu beseitigen. An dieser Stelle wolle er ausdrücklich dafür danken, dass das dazu erforderliche Geld bereitgestellt werde und dass sich der Freistaat Sachsen gemeinsam mit Universität und Stadt derart nachdrücklich darum bemühe, dass die Universität am Augustusplatz ein neues Fundament für ihre Arbeit erhalte.

Die zweite Frage laute: Wie soll mit dem Erbe der Paulinerkirche umgegangen werden? Wenn man die Debatte im Stadtrat betrachte, werde deutlich, dass sie nicht die Meinung der Bevölkerung widerspiegele. Die Frage nämlich, ob die Paulinerkirche original wiederaufgebaut werden solle oder nicht, werde quer über alle Parteien, quer über alle Bevölkerungsgruppen, quer über alle Generationen heiß diskutiert. Er, Tiefensee, habe sich in den vergangenen Jahren intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt und dabei festgestellt, dass es sich tatsächlich um eine sehr schwierige Frage handle, mit der sich der Stadtrat hier befasse. Ihm sei im Übrigen auch bekannt, dass die Universität kein monolithischer Block sei, sondern dass es auch dort Streiter für die Wiedererrichtung der Universitätskirche gebe.

Angesichts der Debatte in der Bevölkerung über den originalgetreuen Aufbau der Paulinerkirche müsse man sich der Frage stellen: Wie gehen wir mit Geschichte um? Dieser Frage habe man sich in Diskussionen mit dem Paulinerverein, im Senat der Universität und in der Öffentlichkeit gestellt. Er, Tiefensee, wolle, dass an die Sprengung, an diese Kulturbarbarei erinnert werden solle, aber nicht durch einen originalgetreuen Wiederaufbau. Dabei meine er allerdings nicht, dass er die Wahrheit für sich gepachtet habe.

Der Oberbürgermeister fährt fort, im Stadtrat gebe es hoffentlich keinen Dissens darüber, dass die Sprengung ein Akt der Barbarei gewesen sei, an den erinnert werden müsse, und darüber, dass es eine geistlich-geistige Mitte der Universität geben müsse. Wenn das so sei, befinde man sich auf dem Fundament des Kompromisses, den die Stadt mit dem Freistaat Sachsen und mit der Universität gefunden habe.

Der Stadtrat müsse heute eine Entscheidung fällen. Bei dieser Entscheidung gehe es offensichtlich nicht mehr um originalgetreuen Nachbau oder Rekonstruktion. "Rekonstruktion" bedeute nämlich Nachbau. Angesichts dessen sei der von Stadtrat Billig vertretene Konsensvorschlag der CDU mindestens schwierig; denn dort stehe unter dem fünften Spiegelstrich: "Rekonstruktion der Paulinerkirche". Er, Tiefensee, wolle in diesem Zusammenhang keine semantische Diskussion darüber führen, ob dies nun "originalgetreu" heiße oder was auch immer. Wenn er die verschiedenen Redebeiträge richtig verstanden habe, werde diese Forderung nicht mehr erhoben.

Wenn dies so sei, gehe es lediglich um die Frage: Kirche ja oder nein, und wenn ja, in welcher Form? Diese Entscheidung müsse heute ganz klar gefällt werden. Möglich sei diese Entscheidung auf der Basis des Kompromisses mit dem Freistaat Sachsen, der besage, dass am Augustusplatz ein Gebäude entstehen müsse – das beispielsweise "Paulinum" genannt werden könne, aber nicht so genannt werden müsse –, welches die geistliche Funktion, sprich Kirche, und die geistige Funktion, sprich Aula, gleichermaßen möglich mache. Dieser Konsens werde allerdings dadurch wieder



aufgegeben, dass der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst einen Vorschlag mache, in dem ebenso wie im Konsensvorschlag der CDU wieder von der Rekonstruktion der Paulinerkirche gesprochen werde. Dagegen müsse der Stadtrat heute ein klares Votum setzen, sonst habe er, Tiefensee, keinen klaren Verhandlungsauftrag. Es gehe also darum, ein Gebäude zu errichten, das die geistliche und geistige Mitte, das die kirchliche und die universitäre Funktion als Aula gleichermaßen in sich berge.

Darüber hinaus habe man sich mit dem Staatsminister für Wissenschaft und Kunst darauf verständigt, dass die Sprengung der Universitätskirche im Inneren und im Äußeren erkennbar gemacht werden solle und dass auf der Basis des Entwurfs von Behet und Bondzio durchaus unter Einbeziehung anderer Architekten Varianten untersucht werden sollten, um zu ermitteln, wie diese Funktionszusammenfügung mit der Erinnerung an die Universitätskirche und an deren Sprengung in Einklang zu bringen sei.

Auf dieser Basis könne er, Tiefensee, persönlich dem Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der von der PDS-Fraktion vorgeschlagenen erweiterten Fassung zustimmen. Gleichzeitig bitte er darum, dem Änderungsantrag ÄA 1 von Frau Suárez zuzustimmen, auch wenn er Bekanntes erneut zu Papier bringe. Weil Satz 3 des Beschlussvorschlages beibehalten werde, ergänze der Änderungsantrag das zur geistlich-geistigen Mitte der Universität Gesagte, schließe den Nachbau der Paulinerkirche aber aus.

Dem Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen stehe der Antrag gegenüber, der den Nachbau impliziere. Er, Tiefensee, wolle nicht nochmals auf die im Raum stehenden Anwürfe eingehen, trotzdem aber Folgendes sagen: Selbst wenn an diesem Platz ein solches Paulinum entstünde, das Herr Obser nicht wünsche, wäre das in der guten Tradition der Leipziger ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die im Jahre 1968 die Sprengung verfügt und durchgesetzt hätten. Er, Tiefensee, wisse sich mit all denen, die die Errichtung einer Kirche in den Vordergrund stellten, darin einig, dass sowohl die Funktionen Aula und Kirche als auch die Erinnerung an die Universitätskirche und an deren Sprengung verwirklicht werden müssten. Es müsste möglich sein, auf diesem Weg zügig voranzukommen.

Herr Quester und Herr Magirus hätten, jeder auf seine Weise, deutlich gemacht, was in Bezug auf die Kirche zu sagen sei.

Oberbürgermeister Tiefensee bittet die Stadträtinnen und Stadträte, die Meinung der Universität in ihre Entscheidung einfließen zu lassen. Er sei sehr froh darüber, dass es in der Bundesrepublik Deutschland eine Trennung von Kirche und Staat gebe. Entschieden werde über ein Grundstück, das nicht irgendjemandem gehöre, sondern der Universität. Wenn die Universität Leipzig dort ein geistig-geistliches Zentrum errichten wolle, dann sei dies ein Ansatz, der in einer säkularisierten Welt aufforchen lasse. Im Übrigen habe die Universität Leipzig dem Freistaat Sachsen gegenüber durchgesetzt, dass in das neue Gebäude ein Andachtsraum hineinkommen solle. Der Universitätsleitung oder gar Rektor Bigl vorzuwerfen, sie seien gegen ein geistliches Zentrum, entspräche, um es milde auszudrücken, nicht der Realität.

Wenn der Stadtrat der Universität Rückendeckung geben und ihre Entscheidung achten wolle, solle er dem Kompromiss zustimmen, der ihm, Tiefensee, im Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Einbeziehung von Änderungs- und Ergänzungsantrag am besten formuliert zu sein scheine.

Der Oberbürgermeister appelliert an den Stadtrat, in der heutigen und in der künftigen Debatte auf alles Polemische, Diffamierende und Verletzende zu verzichten. Wichtig sei eine Entscheidung des Stadtrates, die dem großen Kompromiss zwischen Freistaat, Universität und Stadt den Rücken frei halte.

Zur Geschäftsordnung erbittet **Stadtrat Achminow (CDU)** eine Klarstellung, worüber der Stadtrat jetzt abstimmen solle. Inzwischen seien so viele Texte aneinander gehängt worden, dass er nicht wisse, ob sie sich nicht widersprüchen. Zudem müsse über den Antrag von Frau Suárez, Herrn Dr. Burgkhardt und Herrn Obser zuerst abgestimmt werden, da er weiter gehe als der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

**Oberbürgermeister Tiefensee** stellt klar, dass nach wie vor der um den Ergänzungsantrag der PDS-Fraktion erweiterte Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und der dazugehörige Änderungsantrag von Frau Suárez sowie der Antrag von Frau Suárez, Herrn Dr. Burgkhardt und Herrn Obser zur Abstimmung stünden.

**Stadtrat Dr. Fischer (SPD)** bittet um eine kurze Auszeit vor der Abstimmung.

**Stadträtin Suárez (Bürgerfraktion)** tut kund, dem Stadtrat sei bekannt, wie ihr Änderungsantrag zustande gekommen sei. Trotzdem verweise sei darauf, dass der Antrag unter Tagesordnungspunkt 12.6 von ihr mit verfasst sei. Über diesen Antrag solle zuerst abgestimmt werden. Bei ihrem Änderungsantrag handele es sich nämlich nur um den Versuch, das, was ihr wichtig sei, doch noch zu retten.

**Oberbürgermeister Tiefensee** äußert, ihm sei bewusst, dass viele noch den Wunsch hätten zu sprechen. Es habe auch Verletzungen gegeben, die nicht so ohne Weiteres wegzustecken seien. Dennoch bitte er herzlich darum, die Rednerliste schließen zu dürfen.

(Auszeit)

**Stadtrat Quester (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** konstatiert, dass zum Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zwei Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge vorlägen. Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen seien übereingekommen, beide Anträge zu übernehmen.

**Oberbürgermeister Tiefensee** stellt fest, dass damit nur noch zwei Anträge zur Abstimmung stünden. Gemäß Antrag von Frau Suárez werde zunächst über den Antrag III/A 289 abgestimmt.

**Abstimmung:** In namentlicher Abstimmung wird Antrag III/A 289 der Stadträte Suárez, Dr. Burgkhardt und Obser bei 26 Dafür-Stimmen und 44 Gegenstimmen abgelehnt.

**Abstimmung:** In namentlicher Abstimmung wird Antrag III/A 287 der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Einbeziehung von Änderungsantrag ÄA 1 von Stadträtin Suárez und von Ergänzungsantrag EA 1 der PDS-Fraktion mit 45 Dafür-Stimmen bei 25 Gegenstimmen angenommen.

**Oberbürgermeister Tiefensee** bringt zum Ausdruck, dass sich der Stadtrat mit diesen beiden Abstimmungen klar positioniert habe, und äußert den Wunsch, dass alle Beteiligten sehr schnell wieder zu einer gemäßigten Sprache zurückfinden und versuchen sollten, diesen oder jenen Anwurf zu überdenken und diese oder jene Verletzung auszumergen, um auch in Zukunft eine gute Zusammenarbeit gewährleisten zu können. Da die Meinungen gar nicht so weit auseinander lägen, sollten alle Fraktionen versuchen, auf der Basis dieses Stadtratsbeschlusses mit dem Freistaat Sachsen und der Universität Leipzig zügig zu einer Lösung zu kommen.

(Pause)

#### 12.7. PDS-Fraktion: Neugestaltung der Bauherrenfunktion (Antrag III/A HP 65/03)

**Stadtrat Siegfried Schlegel (PDS)** trägt vor, zu den Anträgen für den Haushaltsplanentwurf 2003, die ins Verfahren verwiesen worden seien, habe der vorliegende Antrag gehört, der vorschläge, dem Oberbürgermeister zu empfehlen, die Bauherrenfunktion durch Übertragung weiterer Aufgaben in das Dezernat Stadtentwicklung und Bau zu qualifizieren. Anlass für den Antrag seien die Diskrepanzen zwischen Beschlusslage und Kostenentwicklung beim Bildermuseum gewesen. Spätestens in der Phase der Erarbeitung von Bau- und Finanzierungsbeschlüssen zu Hochbauten müsse die Verantwortung den Spezialisten im Hochbauamt übertragen werden. Es sei erforderlich, alle Kosten zu planen und explizit auszuweisen. Das betreffe neben den Bauhauptleistungen auch Grundstückskosten bzw. die Baunebenkosten sowie notwendige Kosten für Umzüge, Miete für Interimsstandorte bzw. Provisorien sowie Aufwendungen zur Herstellung der vollständigen Nutzungsfähigkeit. Das Hochbauamt müsse bei Wahrnehmung dieser Verantwortung zugleich das jeweilige Fachamt und die zukünftigen Nutzer einbeziehen. Dem Fachamt komme mit der Erstellung der Vorgaben bezüglich der Nutzungsanforderungen weiterhin eine große Verantwortung zu.

Für öffentliche Vorhaben sei eine Kostenberechnung nach DIN 276 zur Ermittlung und Gliederung der Kosten für Maßnahmen zu Neubau, Umbau und Modernisierung von Bauwerken und den damit zusammenhängenden Aufwendungen zwingend vorgeschrieben. Diese Berechnung sei aber relativ grob. Für standardisierte Gebäude wie Eigenheime oder mehrgeschossige Wohngebäude lägen regelmäßig aktualisierte Daten vor, die aber nur bedingt für Spezialbauwerke wie zum Beispiel ein Bildermuseum nutzbar seien. Deshalb sei im Vergabegremium wiederholt vorgeschlagen